

Beschluss (vorläufig)

## **Satzung: Änderungsanträge zur Bundesschiedsgerichtsordnung**

### **§ 4 ANTRÄGE UND SCHRIFTSÄTZE**

Jeder Antrag bedarf zu seiner Wirksamkeit der Schriftform, er ist zu begründen und mit Beweismitteln zu versehen.

### **§ 5 BESTIMMUNG DER VON DEN STREITENDEN PARTEIEN ZU BENENNENDEN SCHIEDSRICHTER/INNEN**

(1) Die streitenden Parteien benennen für das Schiedsgerichtsverfahren je eineN SchiedsrichterIn. Sie müssen Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein.

### **§ 7 VERFAHRENSVORBEREITUNG**

(1) Die Verfahrensvorbereitung liegt in den Händen des/der Vorsitzenden. Er/sie trifft die Entscheidungen, die ohne mündliche Verhandlung ergehen, allein, soweit diese Schiedsordnung und die Satzung keine anderweitigen Regelungen treffen.

### **§ 9 MÜNDLICHE VERHANDLUNG**

(1) Das Schiedsgericht trifft die verfahrensbeendenden Entscheidungen aufgrund mündlicher Verhandlung, jedoch kann im Einvernehmen aller Beteiligten auch im schriftlichen Verfahren entschieden werden. Die Bestimmung des zuständigen Schiedsgerichts nach § 18 Abs. 4 Nr. 4 Bundessatzung erfolgt ohne mündliche Verhandlung durch die/den Vorsitzenden im Einvernehmen mit den gewählten BeisitzerInnen.

### **§ 10 ENTSCHEIDUNG**

Die Entscheidung ist von den gewählten Mitgliedern des Schiedsgerichtes zu unterzeichnen und soll den Beteiligten innerhalb von acht Wochen nach dem Ende der mündlichen Verhandlung zugestellt werden.

### **§ 11 ENTSCHEIDUNGSBEFUGNIS**

(1) Das Schiedsgericht ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen. Es entscheidet nach freier Überzeugung. In Parteiordnungsverfahren (vgl. § 16 der Bundessatzung) ist es an die Anträge der Beteiligten nicht gebunden. Das Schiedsgericht kann in diesem Fall eine mildere als die beantragte Maßnahme aussprechen, nicht jedoch eine schärfere.